

Anlage 4: zur Vorlage Nr.: B13/0751 des StuV am 15.08.2013

Betreff: 6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Norderstedt (FNP 2020)"Erweiterungen des Umspannwerkes Friedrichsgabe und der Wohnbauflächen Haslohfurth"

Hier: Stellungnahmen der Öffentlichkeit

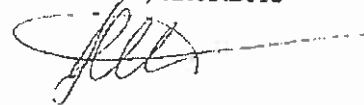
1

E: 05.03.2013

1. 601 - Vfg.
2. 6012-19 z. Ktn. R
3. z. Ktn. D
4. z. Ktn.
5. z. Ktn.
6. z. Ktn.
7. z. Ktn.
8. z. Ktn.
9. z. Ktn.
10. z. Ktn.

Stadt Norderstedt
Amt für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr
Arbeitsgruppe Stadtplanung II Stock
Postfach 1980
22809 Stadt Norderstedt

Norderstedt, 02.03.2013



FNP 2020 Erweiterungen des Umspannwerkes Friedrichsgabe und der Wohnbauflächen
Haslohfurth

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor wenigen Jahren bin ich noch davon ausgegangen, man nimmt uns ein großes Stück von unserem Wald für die Verlängerung der Schleswig Holstein Straße und wir hätten dann Ruhe. Dann die Nacht und Nebelaktion. Obwohl alles gegen den Ausbau des Umspannwerkes sprach, wurde nicht wiederzubringendes Naturschutzgebiet zerstört. Was bringt es uns, wenn wo anders dafür ein neues Naturschutzgebiet angelegt wird. Hier und nicht woanders werden gerade dieses Feuchtgebiet benötigt. Es ist (war) ein Teil vom Ganzen.

In der Zeitung Hamburger Abendblatt vom Mittwoch 23.01.2013 ist zu lesen: Stadt Norderstedt Amtliche Bekanntmachung. Für das Plangebiet werden folgende Planungsziele angestrebt: Erweiterung der Flächen des Umspannwerkes nach Norden und Osten. Ist das in Planung? Das Naturschutzgebiet ist bereits zerstört.

Damit nicht genug. Jetzt soll auch noch die Fläche südlich des Schleswiger Hagens einem Wohnbauprojekt weichen. Und wieder ein Haufen Natur futsch. Es wird sicherlich folgen, dass der Schleswiger Hagen in seinem jetzigen Zustand (viel zu schmal - einspurig, kein Geh- oder Radweg) ausgebaut werden muß. Damit ist sicher, dass wieder Fläche von unserem Wald verschwindet. Wohin soll das alles führen? Da hätten meine Nachbarn und ich ja gleich in der Innenstadt bauen können.

Es nutzt den Anwohnern nichts, wenn irgend wo anders aufgeforstet wird. Dann müßten wir als Anwohner ja auch umgesiedelt werden um in der Nähe der Natur zu bleiben.

Keine 500 Meter entfernt gibt es eine große Fläche von ca. 47.000 qm die bereits großflächig betoniert ist. Es steht dort zur Zeit ein stillgelegtes Betonwerk. Hier sollen ca. 100 Häuser und ein paar Wohnblocks entstehen. Es wäre sinnvoll, dieses Projekt zu unterstützen und das

letzte Stückchen Natur im Schleswiger Hagen in Ruhe zu lassen. Dieses Grundstück gehört allerdings zu Henstedt - Ulzburg und nicht zu Norderstedt. Alternativ gibt es auch Flächen im

Raum Meeschensee. Hier weiß ich aber nicht, wie weit die Natur betroffen ist. Die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr (AKN) ist jedenfalls gegeben. Auch die Straßen sind hier besser ausgebaut und es gibt einen P+R Platz. Im Schleswiger Hagen befindet sich ein Bahnsteig der AKN. Es handelt sich nicht um einen ausgebauten Bahnhof wie in Meeschensee. Auch beim Ausbau des Bahnhofes Schleswiger Hagen mit Anlage eines P+R Platzes würde Fläche des Waldes verloren gehen. In Meeschensee ist das alles bereits vorhanden.

Aus meiner Sicht sind ist die geplante Bebauung viel zu dicht am Umspannwerk. Selbst ich habe schon Angst vor der Belastung durch Strahlung weil mein Haus sehr nahe am Umspannwerk steht. Hier soll ja auch die Leistung erhöht werden. Die offiziellen Zahlen, wie weit man von so einem Bauwerk entfernt bleiben soll sind wohl eher etwas sehr niedrig angesetzt.

Norderstedt, eine Stadt im Grünen, wie lange noch?

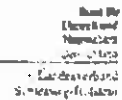
Es sind zu diesen Flächen viele Unterlagen vorhanden. Immer wieder lese ich darin, diese Flächen nicht zu verändern. Nicht nur die Tiere, welche hier mal gelebt haben oder hier noch leben (wie lange noch?), auch zum Beispiel die Knicks sind sehr schützenswert.

Ich füge Lesematerial bei vom 26. Februar 2006 „Naturschutzbund Deutschland NABU“ sollte allerdings bei Ihnen bekannt sein. Im Jahr 2008 hatte ich schriftlichen Kontakt zu Herrn Hoerauf. Hier sollten auch von mir eingereichte Unterlagen vorhanden sein.

Mit freundlichem Gruß



Naturschutzbund Deutschland
Landesverbände Hamburg und
Schleswig-Holstein e.V.



Norderstedt, 26. Februar 2006

Gemeinsame Stellungnahme von
BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband Schleswig-Holstein e.V.)
und
NABU (Naturschutzbund Deutschland, Landesverbände Schleswig-Holstein und Hamburg e.V.)

**Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes (FNP 2020), des
Landschaftsplanes (LP 2020) und des Verkehrsentwicklungsplanes (VEP 2020)
der Stadt Norderstedt**

Vorentwurf Landschaftsplan 2020 der Stadt Norderstedt

**Frühzeitige Beteiligung der Naturschutzverbände gem. § 6 (2) LNatSchG-SH i.V.m. §
6 (2) Landschaftsplan-VO**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der öffentlichen Veranstaltungen zum FNP 2020 wurde uns seinerzeit mitgeteilt, dass die Naturschutzverbände noch gesondert Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten werden. Aus Ihrem Anschreiben müssen wir nunmehr entnehmen, dass sich diese Auskunft offenbar lediglich auf den Landschaftsplan-Vorentwurf beziehen sollte. Probleme sehen wir jedoch weniger in den dort erarbeiteten Grundlagen, sondern in den geplanten umfangreichen und z.T. sehr massiven Eingriffen aufgrund des FNP-Entwurfs 2020, die weit über das ursprünglich erarbeitete Stadtentwicklungskonzept 2010 hinausgehen. Da ein großer Teil dieser Eingriffe nicht bzw. nicht in diesem Umfang sachlich zu rechtfertigen ist, ergibt sich bei einem Absehen von den zu kritisierenden Eingriffen zugleich eine erhebliche Verminderung des im Landschaftsplan 2020 dargestellten Ausgleichsbedarfs von 515 ha bzw. 620 ha. Im Hinblick auf diese Wechselwirkung zwischen LP und FNP/VEP halten wir es in der nachfolgenden Erörterung für geboten, uns mit den Grundlagen der Planung und der Notwendigkeit der geplanten Eingriffe auseinanderzusetzen. Im übrigen gehen wir davon aus, dass die Einwendungen hinsichtlich FNP und VEP von Amts wegen Berücksichtigung finden. Aus Zeitgründen werden wir uns auf die wesentlichsten Punkte beschränken.

Erfreulich ist zunächst, dass sich die Mitarbeiter der Verwaltung - Projektgruppe 2020 - und die beteiligten Planungsbüros durch Herausgabe der Informations-Broschüre und bei den Veranstaltungen in den Stadtteilen bemüht haben, die Bürger möglichst umfassend und verständlich zu informieren und dabei auch wesentliche kritische Punkte zu benennen.

Die von den großen Fraktionen in großen Teilen offenbar einvernehmlich initiierten Entwürfe von Flächennutzungs- und Verkehrsentwicklungsplan haben allerdings in Teilbereichen unsere schlimmsten Befürchtungen deutlich übertroffen.

A. Grundlagen der Planung

I. Vorgaben durch Änderungsverfahren

Naturschutzfachlich und rechtlich problematisch ist zunächst, dass seit Erlass des FNP 84 über 50 FNP-Änderungsverfahren betrieben und überwiegend bereits umgesetzt wurden. Da der z.Zt. geltende Landschaftsplan bereits aus dem Jahre 1978 stammt, erfolgten von Fall zu Fall lediglich räumlich beschränkte Einzeluntersuchungen hinsichtlich der Auswirkungen auf Natur- und Landschaft. Von einem einheitlichen Leitbild, entsprechenden Zielkonzepten, Sicherung vorrangiger Flächen für den Naturschutz und einer notwendigen Querschnittsorientierung der Landschaftsplanung kann mangels einer zugrundeliegenden Gesamtkonzeption seit vielen Jahren nicht mehr gesprochen werden. Zwar wurde mit dem Stadtentwicklungskonzept 2010 seinerzeit eine – wenn auch rechtlich eher unverbindliche – neue Gesamtkonzeption parteiübergreifend beschlossen. Wie wenig man sich an dieses Konzept gebunden fühlt, zeigt jedoch besonders die Planung des LDC / Nordport. So waren im STEP 2010 die Flächen des LDC aus Naturschutzgründen zu Recht von jeglicher baulicher Nutzung ausgenommen worden (Kat. 4 u.5: „größte Bedenken“ / „sollte nicht weiter verfolgt werden“, vgl. STEP-Broschüre S. 23). Diese Bedenken wurden jedoch – wie die weitere Entwicklung gezeigt hat – aus sehr zweifelhaften wirtschaftlichen Erwägungen über Bord geworfen.

Auch für andere zwischenzeitlich beschlossene oder bereits im Planungsverfahren befindliche Großvorhaben wie die div. Gewerbegebiete an der Niendorfer Str., das laufende Planfeststellungsverfahren „Verlängerung der Oadby-and-Wigston-Str.“ sowie für die durch die K 113 erfolgten erheblichen Eingriffe in Natur und Landschaft kommt der neue Landschaftsplan um Jahre zu spät. Letztlich können diese Teilplanungen nur noch „nachrichtlich übernommen“ werden. Entsprechendes gilt hinsichtlich der geplanten umfangreichen Kiesausbeutung am Rande des Wittmoores, die mit Planfeststellungsbeschluss vom 31.1.2006 genehmigt worden ist. Zwar hat die Stadt einer entsprechenden Planfeststellung widersprochen. Es wäre jedoch hilfreich gewesen, wenn die im FNP-Entwurf 2020 geplante Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet bereits erfolgt wäre.

II. Fehlerhafte Berechnung von Bevölkerungsentwicklung, Wohnungs- und Gewerbeflächenbedarf

Bezweifelt werden die als Planungsgrundlage verwendeten Wachstumsprognosen, die sich bereits in der Vergangenheit nicht bestätigt haben und in ihrer Aussagekraft äußerst zweifelhaft erscheinen.

1. STEP 2010

Im STEP 2010 wurde noch von einem Anwachsen der Bevölkerung von ca. 70.000 EW in 1995 auf ca. 79.000 EW in 2010 (+ 9.000 EW) ausgegangen (vgl. S. 9 STEP 2010). Rechnerisch würde sich daraus in den letzten 10 Jahren bis 2005 ein Anwachsen auf 76.000 EW ergeben. Lt. EW-Statistik ist Norderstedt jedoch bis Mitte 2005 lediglich auf 73.321 EW angewachsen. Der tatsächliche Zuwachs beträgt damit lediglich gut die Hälfte des in der Prognose errechneten Wertes. Zeitweise (2002/2003) ist die EW-Zahl sogar gesunken (.f. ca. 200 EW). Hinfällig ist damit auch der im STEP bis 2010 errechnete Wohnungsbaubedarf von + 7.500 WE (Zuwachsbed. 4.000 WE + Auflockerungsbed. 3.500 WE, vgl. STEP S. 9)

2. FNP-Entw. 2020

Grundlage für den FNP-Entw. 2020 waren demgegenüber die Schätzwerte per 2015 die auf das Jahr 2020 „hochgerechnet“ wurden.

a. Einwohnerentwicklung

Mit welchen Unsicherheiten diese Hochrechnung belastet ist, zeigt die von uns bezogene IfS-Studie 2015, die für Norderstedt für das Jahr 2015 eine Einwohnerzahl zwischen **68.149 EW** (untere Variante) und **72.395 EW** (obere Variante) und demgemäß einen Wohnungsneubaubedarf bis 2015 zwischen **2.227 WE** (untere Variante) und **4.958 WE** (obere Variante) errechnet.

Dass die Berechnung der Bevölkerungsentwicklung bis 2020 mit hohen Unsicherheiten belastet ist, wird demgemäß auch in der FNP-Begründung S. 28 ff. eingeräumt. Gleichwohl wird gem. Tabelle 14 folgender Wohnungsbedarf ermittelt:

b. Wohnungsneubaubedarf

Wo.-Bestand 2003	35.625 WE
Neubaubedarf bis 2020	5.950 WE
(17 Jahre x 350 WE, d.h. jährlicher Zuwachs 1 % von 35.625)	

3. IfS-Studie bis 2020

Da der FNP-Entwurf den Stand 5.4.2005 aufweist, sind diese Schätzungen durch die neue vom Innenministerium Schl.-Holst. am 15.12.2005 veröffentlichte IfS-Studie bis 2020 hinfällig geworden. Unter Berücksichtigung von Zu- und Abwanderung, Geburtenrückgang pp. ergeben sich aus dieser Studie für Norderstedt folgende Werte:

a. Einwohnerentwicklung

EW in 2003	71.695 EW
EW in 2020 + 620	72.315 EW

b. Wohnungsneubaubedarf bis 2020

3.892 WE

Nach dieser neuen Studie ist damit hinsichtlich des Wohnungsneubaubedarfs eine deutliche Korrektur um ca. 2000 WE nach unten erforderlich. Wir haben uns diese vom FNP 2020 erheblich abweichenden Daten und das Verhältnis EW-Zuwachs / WE-Bedarf zusätzlich vom Innenministerium SH, Abt. Landesplanung, erläutern lassen (vgl. Anlage 1).

Ein über die IfS-Studie hinausgehender weiterer Korrekturbedarf ergibt sich aus den jüngsten noch nicht berücksichtigten Gesetzesänderungen, die die Zuwanderung aus Hamburg finanziell erschweren (Wegfall der Eigenheimzulage, verminderter Abzug von Fahrtkosten) und dem verstärkten Bestreben der FHH, durch neue Anreize den Wegzug ins Umland zu verringern. Entsprechende Wirkungen ergeben sich aus den jüngsten finanz. Einschränkungen von Hartz IV bei Bezug einer eigenen Wohnung, so dass sich die Zunahme der 1-Pers.-Haushalte verringern dürfte.

Im Ergebnis reduziert sich mit dem deutlich verringerten Bevölkerungswachstum auch der Bedarf hinsichtlich der in Norderstedt zu schaffenden neuen Arbeitsplätze und Gewerbeflächen. Denn mit dem verringerten Zuzug gerade junger Familien wird sich der prozentuale Anteil der nicht mehr erwerbstätigen älteren Bevölkerung überproportional erhöhen.

Hinweis: Die Tabellen der im Auftrag der Landesregierung Schl.-Holst. erarbeiteten IfS-Studien 2015 und 2020 sind als Anlage 2 u. 3 beigelegt. Die vollständigen Studien können über die Homepage der Landesregierung heruntergeladen werden: <http://www.wohnen.nlschleswig-holstein.de> (Suchwort: Wohnungsmarktprognose). Weitere Auskünfte: Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, Referat für Wohnraumförderung, Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel, Tel.: 0431 / 988 3236, FAX.:

III. Unnötiger Flächenverbrauch

Ebenso wie seit Jahren das Bundesumweltministerium weist auch die Landesregierung Schleswig-Holstein u.a. in ihrer Homepage auf den bedenklichen Flächenverbrauch durch Neuausweisung von Neubaugebieten, Gewerbeflächen und neue Straßen hin (vgl. z.B. Umweltbericht des Landes Schleswig-Holstein). Diese Appelle scheinen bei denen, die in Norderstedt immer noch auf übermäßiges Wachstum und erhoffte schnelle Gewinne setzen, nicht angekommen zu sein. So wurden 2004 in Deutschland pro Tag knapp 100 Hektar Fläche „verbraucht“. Einen deutlich überproportionalen Anteil haben hieran sog. „wachsende Städte“ wie Norderstedt. Dieser Flächenverbrauch steht im Widerspruch zu einer nachhaltigen Entwicklung, wie sie auch in der von der Stadt propagierten Agenda 21 formuliert ist.

Völlig inakzeptabel ist deshalb die geplante übermäßige Ausdehnung der Stadt in den heutigen Außenbereich. Dies ist weder „ökologisch“ verantwortbar (Verlust von Frei- und Erholungsflächen, Klimaveränderungen, Störung des Wasserhaushaltes, Zerschneidung von Lebensräumen durch neue Straßen, Bedrohung der Artenvielfalt pp.), noch „sozial“ verträglich (Neubaugebiete im Außenbereich sind häufig mit einer Vernachlässigung der Gebäudebestände im Innenbereich verbunden, erhöhen die Verkehrsbelastung, verlängern die Wege für den täglichen Bedarf und verringern die fußläufig erreichbaren Naherholungsbereiche und damit die Möglichkeiten des Naturerlebnisses für Kinder). Völlig unberücksichtigt bleiben dabei die Interessen der anwachsenden älteren Bevölkerung, der zunehmend ein ungefährdeter barrierefreier Zugang zu den Naherholungsbereichen genommen wird. Ein durch die Landesgartenschau „aufgewerteter“ Stadtpark in einem der Ortsteile ist sicher kein Ausgleich. Auf der Strecke bleibt zudem auch die „Ökonomie“; höhere Infrastrukturkosten durch Zersiedelung im Außenbereich und zunehmendem Leerstand im Innenbereich mit unverminderten Erhaltungskosten der Infrastruktur bei abnehmendem Steueraufkommen aufgrund sich verändernden Altersstruktur, höhere Transportkosten pp. Dasselbe gilt hinsichtlich der ständigen Ausweisung neuer Gewerbegebiete im Außenbereich bei gleichzeitig anwachsendem Leerstand im Innenbereich.

Für den Landschaftsplan ergeben sich aus diesen Ausführungen folgende Konsequenzen:

B. Verringerung von Eingriff und Ausgleich durch Reduzierung der Wohnungsbauflächen

Im Ergebnis handelt es sich bei den im FNP 2020 neu ausgewiesenen Wohnungsbauflächen zu einem großen Teil um eine Angebotsplanung. Dies wurde selbst von einem maßgeblichen Vertreter der Verwaltung in der gut besuchten Bürger-Anhörung im Rathaus am 17.10.2005 bestätigt. Danach steht Norderstedt in Konkurrenz zu den Nachbargemeinden, die aufgrund der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung ebenfalls junge Familien in die Gemeinde ziehen wollen. Letztlich entsteht durch dieses Mehrfachangebot nicht nur in Norderstedt ein Überhang an Wohnungen mit erheblichem Flächenverbrauch, Erschließungs- und Unterhaltungskosten. Es kann auch nicht sein, dass hier die wirtschaftlichen Interessen der Baubranche pp., die insbesondere von Norderstedt Marketing e.V. formuliert werden, einseitig bedient werden. Erforderlich ist zur Ressourcenschonung vielmehr eine Abstimmung mit den Nachbargemeinden. Ein überregionales Flächenmanagement vermeidet ein Überangebot an Bauflächen.

Unter Berücksichtigung der vorstehenden Erwägungen sollten insbesondere folgende Eingriffe des FNP 2020 entfallen:

1. „Garstedt West“ (W 24 / 25 / 26)

Auf das neue Wohngebiet „Garstedt West“ mit 500 WE muß in jedem Fall schon aus Naturschutzgründen verzichtet werden.

Das an der Westseite des Friedrichsgaber Weges geplante Wohngebiet „Garstedt West“ greift erheblich in die Garstedter Feldmark ein. Die damit verbundenen negativen Auswirkungen auf den Naturhaushalt sowie die Freizeit- und Erholungsnutzung sind nicht zu verantworten. Auf den genau dort seit Jahren durch Maßnahmen der Stadt geschützten großen Amphibienlebensraum Styhagen wird an dieser Stelle nachdrücklich hingewiesen. Dies betrifft insbesondere die neu geplanten Baugebiete W 25 und 26. Die Naturschutzverbände werden es nicht ohne weiteres hinnehmen, wenn der jahrzehntelange gemeinsame Einsatz von Stadt und Naturschutz ausschließlich wirtschaftlichen Interessen geopfert wird.

Außerdem wird der für den Kfz-Verkehr gesperrte landwirtschaftliche Weg „Styhagen“ aufgrund seiner Asphaltierung (Nutzung auch bei anderweitig ungünstiger Wegebeschaffenheit z.B. bei Regen, Tauwetter / Matsch) insbesondere von der Garstedter Bevölkerung sehr intensiv im Rahmen der Naherholung für Spaziergänge, Radfahren pp. genutzt, da er beiderseits durchgehend von der Knicklandschaft der Garstedter Feldmark eingerahmt wird. Die durchgehende Bebauung bis zum Laichgewässer würde dieses Naturerlebnis zunichte machen.

Im Ergebnis ist es nicht nachvollziehbar, wenn abweichend vom STEP 2010 und entgegen früherer Festlegungen der Politik die abzulehnende Umgehung Garstedt als neue Außengrenze zur offenen Landschaft definiert wird, zumal die bei STEP 2010 maßgeblichen Entscheidungsträger mit den heutigen weitgehend identisch sind.

Deutlich ist in diesem Punkt auch die Aussage der Landschaftsplaner, die diesem Vorhaben damals wie heute „ein hohes Konfliktpotential“ attestiert (vgl. Karte S. 45 Info-Broschüre sowie LP Teil II, Abschn. 3.7).

2. „Meeschensee“ (W 0a / 0b)

Der Landschaftsbereich, der für das mit 500 WE angedachte Baugebiet „Meeschensee“ vorgesehen ist, ist im RP 1998 zu Recht als bedeutende Grünzäsur auf der Achse dargestellt und entsprechend in den LP 2020 übernommen worden. Aufgrund des in der Karte S. 45 dokumentierten Konfliktpotentials sollte auch von dieser Planung im Interesse des Gemeinwohls sowie des Naturschutzes Abstand genommen werden.

Im Ergebnis kann Norderstedt auch „wachsen“, wenn mit dem Wegfall der Baugebiete Garstedt West und Meeschensee auf insgesamt 1000 WE verzichtet wird, zumal die Flächen ohnehin nur mit der Priorität 3 (langfristig) versehen sind (Begr. FNP 2020 S. 137 f. / Tabelle 51).

3. Schleswiger Hagen, Flönsburger Hagen, Haslohfurt (W 1 / 1a / 2 / 3)

Auch auf die Überbauung dieser Bereiche mit den Prioritäten 2 bzw. 3 muß verzichtet werden. Diese Flächen im Randbereich des Kampmoores sind u.a. ein wichtiger Amphibienlebensraum, in den nicht weiter eingegriffen werden sollte, nachdem durch die Zerstörung und Zerschneidung von Kampmoor-Biotopen durch die K 113 bereits eine erhebliche Schädigung zu Lasten der bedeutenden Moorfroschpopulation erfolgt ist. Die Flächen grenzen außerdem an das Kieskuhlenbiotop / Laichgewässer (§ 15a – Biotop M 7) an. Im Hinblick auf die dortigen Vorkommen von z.T. besonders geschützten Amphibienarten (Kreuzkröte,

Knoblauchkröte, Grasfrosch, Erdkröte u. Teichmolch) reicht es nicht aus, nur das Biotop M 7 unter Schutz zu stellen, sondern auch die angrenzenden Sommer- bzw. Winterlebensräume, die für den Fortbestand der Populationen unverzichtbar sind. Außerdem sind die Flächen für den Biotopverbund, die Naherholung und das Naturerlebnis insbesondere auch von Kindern von Bedeutung.

4. Harkshörner Weg (W 6)

Im Hinblick auf die hier bestehende Grünzäsur auf der Achse / Hauptgrünverbindung sollte das neue Baugebiet auf das Gebiet an der Südseite des Harkshörner Weges beschränkt bleiben. Eine weitere Ausdehnung nach Norden würde die Verbindungsfunktion zu sehr einschränken.

Zu hinterfragen ist darüber hinaus, ob auch die an den weiteren Standorten bis 2020 geplanten Wohngebiete in diesem Ausmaß erforderlich sind. Wenn schon jetzt überlegt wird, bedeutende Naturstandorte durch neue Baugebiete zu vernichten, stellt sich die Frage, welche Flächen von zukünftigen Generationen in Anspruch genommen werden. Bleiben dann nur noch massive Eingriffe in weitere bedeutende Naturstandorte?

Viele Beispiele aus Hamburg zeigen, dass das Modell einer „wachsende Stadt“ keinesfalls mit einer Qualitätsverbesserung gleichzusetzen ist, da dort entgegen politischen Wunschvorstellungen maßgebliche Ziele verfehlt wurden. Diesem Beispiel sollte Norderstedt nicht folgen: Aufgrund der neuesten IfS-Studie 2020 erscheint das im FNP 2020 zugrundegelegte Bevölkerungswachstum auf bis zu 84.000 EW utopisch.

C. Verringerung von Eingriff und Ausgleich durch Verlagerung von Gemeinbedarfs- und Sonderbauflächen

Aus den vorgenannten Gründen ist auch die Planung der Gemeinbedarfsfläche Gm 3 und der Sonderbaufläche So 3 (jewe. Bereich Friedrich-Ebert-Str.) in der Garstedter Feldmark abzulehnen, die dadurch weiter zersiedelt und als Naturstandort sowie für die Freizeitnutzung erheblich beeinträchtigt wird. Zu Recht wird dieser Planung im LP seitens der Landschaftsplaner ebenfalls „ein hohes Konfliktpotential“ attestiert (vgl. Karte S. 45 Info-Broschüre sowie LP Teil II, Abschn. 3.7). Vorgeschlagen wird deshalb, diese Planungen mit anderweitig vorgesehenen neuen oder bestehenden Gewerbeflächen zu verbinden. Für eine „Gewerbe“-Messe wäre dies ohnehin sinnvoll. Auch ein Festplatz sollte nicht in der freien Landschaft liegen. Eine Verbindung mit einem Gewerbestandort mit gutem Anschluß an den ÖPNV würde zudem einer effektiven „Lärminderungsplanung“ gerecht werden.

D. Verringerung von Eingriff und Ausgleich durch Reduzierung geplanter Gewerbeflächen

Dieselbe Problematik ergibt sich auch hinsichtlich der geplanten Ausweitung der Gewerbeflächen. Bereits die heutigen Pläne, die z.Zt. bereits umgesetzt werden (z.B. LDC) gehen deutlich über den STEP 2010 hinaus und greifen so erheblich in wertvolle Naturstandorte ein, dass anderweitig umfangreiche Ausgleichsmaßnahmen erforderlich sind. Dasselbe gilt hinsichtlich der z.Zt. geplanten Erweiterung des Gewerbegebietes Nettelkrögen (BPI, 214), die wesentlich über die frühere Planung hinausgeht. Abgesehen von dem erheblichen Lebensraumverlust für Flora und Fauna und der problematischen Verinselung der Feuchtbiotope, müssen auf den neuen Gewerbeflächen beiderseits der Niendorfer Strasse umfangreiche Amphibienschutzmaßnahmen getroffen werden, damit die Amphibien nicht in die Gewerbeflächen einwan-

dem und in großer Zahl überfahren werden. Das hohe Konfliktpotential wird damit mehr als deutlich.

Da mit der Ausweisung weiterer Gewerbeflächen abgesehen vom Flächenverbrauch zudem erhebliche Infrastrukturkosten verbunden sind (die Aussage zum LDC: „Wir machen Gewinn“ dürfte sich nach letzten Informationen ins Gegenteil verkehren), sollten schwerpunktmässig die bestehenden Gewerbegebiete mit zum Teil hohem Leerstand dem heutigen Bedarf angepasst und damit ressourcenschonend „recycelt“ werden. Ansiedlungsverträge mit neuen Betrieben sollten so gestaltet werden, dass bei Leerstand / Aufgabe des Betriebes seitens der Stadt eine bedarfsorientierte Neugabe möglich ist.

Hinsichtlich der Ausweitung Nordport / Oberhaussee Nord (G 3) wird darauf hingewiesen, dass dieser Bereich im Leitbild zum Landschaftsplan als bedeutend für das Freiraumsystem im „grünen Leitsystem“ sowie als wichtige „Frischluftschneise“ dargestellt ist. Völlig inakzeptabel ist, dass mit der Überplanung nicht nur die dortigen Kleingärten beseitigt werden, sondern auch die vom „BUND“ mit Unterstützung des „NABU“ (Nisthilfen / Greifvogelansätze) seit Jahren betreute städtische Streuobstwiese in Gewerbefläche umgewandelt wird. Da die Streuobstwiese mit inzwischen über 100 Obstbäumen, Teich und neuer Knickanlage und geplantem Wanderweg in die Garstedter Feldmark zudem eine Ausgleichsmaßnahme für einen zurückliegenden anderweitigen Eingriff darstellt, ist die geplante Umwandlung unzulässig. Ausserdem wäre dieser Bereich zukünftig von der Y-Trasse der Garstedt-Umgehung umschlossen und damit nicht nur verlärmert, sondern zusätzlich verinselt. Auch diese Entwicklung macht uns sehr betroffen und wird von uns nicht ohne weiteres hingenommen werden.

E. Verringerung von Eingriff und Ausgleich durch Reduzierung der geplanten Straßenbauvorhaben

Besonders problematisch sind die Eingriffe durch folgende Vorhaben (Planfall P 7):

1. Ortsumgehung Garstedt
2. BAB-Anschluß Norderstedt-Mitte
3. Querspange Glashütte
4. Verlängerung der Achse Berliner Allee (Tannenhofstr. – Buchenweg)
5. Verlängerung der Oadby-and-Wigston-Str. nach Norden

1. Ortsumgehung Garstedt

Die hiervon betroffene Garstedter Feldmark zählt zu den wertvollsten zusammenhängenden Landschaftsbestandteilen der Stadt mit reicher Knickstruktur, weitgehend intakter Pflanzen- und Tierwelt und einem hohen Potential für die Naherholungs- und Freizeitnutzungen. Demgemäß werden die vielfältigen Wander-, Reit- und Radwege von der Norderstedter Bevölkerung nicht nur aus dem Garstedter Raum genutzt. Auch bestand bei Verabschiedung des Stadtentwicklungsprogrammes 2010 noch Einvernehmen, dass dieses wertvolle Natur-Potential der „Stadt im Grünen“ nicht angetastet werden sollte. Die hohe Bedeutung dieses Gebietes für den Naturhaushalt und die Erholungs- und Freizeitnutzung wurde in den begleitenden Veranstaltungen und Arbeitsgruppen im Rahmen von Agenda 21 und Lärminderungsplanung nachdrücklich bekräftigt.

Die vorgesehene Umgehungsstraße mit Anschluß zur Autobahn sowie die zusätzlich geplante Bahntrasse und die darüber hinaus geplante Schaffung neuer Wohn- und Gewerbeflächen in diesem Bereich führen dazu, dass dieses hohe „Grün-Potential“ zu großen Teilen für zukünftige Generationen unwiderbringlich verloren geht. Wertvolle Landschaftsbestandteile werden nicht nur vielfach zerschnitten, sondern zu-

sätzlich verlärmert. Es verbleibt letztlich nur ein schmaler Streifen „Stadtbegleitgrün“ eingezwängt zwischen BAB 7 und Umgehungsstrasse. Ggf. geplante Lärmschutzmauern / -wälle würden das Landschaftsbild zusätzlich erheblich stören und Biotope verinseln.

Betroffen ist hiervon zudem die zweitgrößte Erdkrötenpopulation in Norderstedt. Der Sommer-/ Winterlebensraum dieser Kröten befindet sich in der Feldmark und im angrenzenden Waldgebiet Styhagen. Die Laichgewässer (Fischteich und Kleingewässer) befinden sich im Kreuzungsbereich Styhagen / Am Buckhorn, wobei ein großer Teil der Kröten aus Richtung Wald / Moorbek anwandert. Die parallel zur Moorbek geplante Umgehungsstrasse würde u.a. diesen Wanderkorridor zum Laichgewässer durchschneiden. Auch an dieser Stelle ist nochmals darauf hinzuweisen, dass die Stadt auf Veranlassung des BUND seit fast 15 Jahren regelmäßig zur Wanderzeit die Straße Styhagen sperrt, um das bedeutende Erdkrötenvorkommen zu sichern.

Die von der Garstedt-Umgehung erwartete Entlastung der Ortsdurchfahrt Dorf-Garstedt steht in keinem Verhältnis zu den beschriebenen negativen Auswirkungen gerade auch für die dortige Bevölkerung. Um zukünftig den verbleibenden Streifen der Garstedter Feldmark für Erholung und Freizeit nutzen zu können, müssten neben Niendorfer Strasse / Friedrichsgaber Weg zusätzlich die Umgehungsstrasse überwunden und weitere Wege zurückgelegt werden. Das „Zielkonzept Freiraum“ des LP (vgl. S. 40 Info-Broschüre), nämlich „Sicherung und Entwicklung einer kurzen barrierefreien Erschließung der Feierabend- und Naherholungsnutzung in der freien Landschaft“ wird damit in das Gegenteil verkehrt.

Da der Friedrichsgaber Weg nördlich Dorf Garstedt an der Westseite weitgehend anbaufrei ist, wäre als Alternative zu prüfen, ob eine geringfügige Verlagerung / Verbreiterung der Trasse nach Westen möglich ist, um an der bebauten Ostseite Raum für Lärmschutzmaßnahmen zu gewinnen. Die Gefahr für die Schüler der unmittelbar an der Niendorfer Strasse 13 belegenen Schule könnte durch eine Umnutzung des Gebäudes und Neubau einer Schule an günstigerer Stelle behoben werden. Dies wäre für die Finanzen der Stadt sicher günstiger, als eine aufwändige Umgehungsstraße mit erheblichem Konfliktpotential.

Die Begründung, das Dorf Garstedt verkehrlich entlasten zu wollen, wird zudem fragwürdig, wenn an der Westseite des Straßenzuges Niendorfer Strasse / Friedrichsgaber Weg im Südteil zusätzlich Gewerbe und weiter nördlich im Bereich Styhagen (Garstedt West) zusätzlich 500 WE erstellt werden sollen. Der Entlastungseffekt der Umgehungsstraße dürfte damit weitgehend durch die Mehrbelastung aufgehoben werden. Der zusätzliche Gewerbeverkehr wird z.T. auch den Straßenzug Niendorfer Strasse / Friedrichsgaber Weg nutzen. Die 500 WE dürften mit einer Zunahme von ca. 800 bis 1000 Pkw und dem mehrfachen an täglichen Fahrten verbunden sein.

2. Autobahnanschluss Norderstedt-Mitte

Ebensowenig nachvollziehbar ist für uns die Planung des Autobahnanschlusses Norderstedt-Mitte.

Bereits unter verkehrlichen Gesichtspunkten wurde in 2001 vom Büro Schnüll / Haller vorgeschlagen, diese Planung nicht weiter zu verfolgen, da die Entlastungswirkung relativ gering ist und anderweitig unerwünschte Mehrbelastungen (insbes. Buchenweg / Ulzburger Str. sowie Friedrich-Ebert-Str. / Ochsenzoller Str.) bewirkt werden. Die jetzt für den A 7-Anschluß neu errechneten 9 – 10.000 Kfz/24 Std. werden im Hinblick auf die damaligen Aussagen bezweifelt, da sich die Vorgaben nicht wesentlich geändert haben.

Die von der Bürgerinitiative seinerzeit vorgebrachten Bedenken (Sprecher Herr Buck) und die überreichten ca. 1.600 Unterschriften sollten nicht unbeachtet bleiben, da diese außer von den direkt betroffenen Anwohnern der genannten Strassen aus-

weislich der Unterschriftenliste zu einem großen Teil von Bürgern kommen, die sich Sorgen um den Fortbestand der von der Politik vielzitierten „Stadt im Grünen“ machen.

Die städtebauliche Bewertung des Büros PPL (Gutachten v. 29.8.2001) war seinerzeit ebenfalls negativ, da die Beeinträchtigungen überwiegen.

Zu verweisen ist ferner auf die zutreffenden Ausführungen des Büros TGP zum „Landschaftsplan 2020 – Landschaftsplanerische Beurteilung von Trassenvarianten für den Straßenverkehr“ vom 20.8.2001, wonach dieser Vorschlag der Mehrheitsfraktion aus umwelt- und naturschutzfachlicher Sicht „nicht weiter verfolgt werden sollte“. Denn verbunden seien damit u.a.

- ein Eingriff in ein geplantes LSG, Gewässer- u- Erholungsschutzstreifen sowie in die Nebenverbundachse im Biotopverbundsystem S.H. u. Querung der naturnahen Moorbek
- ein hohes Risiko für Landschaftsbild, Klima, Grundwasser,
- erhebliche Beeinträchtigung der Feierabend- u. Naherholung,
- zusätzliche Lärm- u. Immissionsbelastung für das Wohngebiet Buchenweg.

3. Querspange Glashütte

Diese Planung ist aus gleichen Gründen ebenfalls abzulehnen. Zutreffend wurde bereits seinerzeit vom Büro TGP

- auf die Belastung der Grünzäsur, der reg. Grünverbindung Ochsenzoll – Glasmoor – Tangstedter Forst – Oberalsterniederung,
- die Beeinträchtigungen aufgrund der hohen Erholungseignung,
- den problematischen Eingriff in den ausgewiesenen Gewässer- u. Erholungsschutzstreifen (vgl. LRPL),
- die hohe Verschmutzungsempfindlichkeit des Grundwassers
- sowie den damit verbundenen Eingriff in einen Bereich mit hoher Landschaftsbildqualität

hingewiesen.

Es erscheint außerdem widersprüchlich, dass der Randbereich des zukünftigen Naturschutzgebietes „Glasmoor“ erheblich geschädigt wird, während gleichzeitig die Kernfläche des Moores mit erheblichem Mitteleinsatz aufgewertet wird. Da die sog. „Aufwertung“ des Glasmoores wiederum eine Ausgleichsmaßnahme für die Zerstörung bzw. erhebliche Schädigung der Randbiotop des Ohemoores durch die LDC-Umsetzung darstellt, sehen wir hier erhebliche konzeptionelle Widersprüche.

Auch aus verkehrlicher Sicht halten wir diese Planung nicht für sinnvoll. Zwar wird die Poppenbütteler Straße entlastet. Erkauft wird dieser Vorteil jedoch neben den oben genannten Auswirkungen mit einer erheblichen zusätzlichen Belastung des Langenharmer Weges und der weiterführenden Straßen Stonsdorfer Weg, Alter Kirchenweg, Rathausallee pp. So wird im Langenharmer Weg – Teilstrecke Schl.-Host.-Str. bis Stonsdorfer Weg ein Verkehrszuwachs von 14.000 Kfz/24 Std. auf 20.500 (P0 - 2020) und als Folge der Querspange ein Anwachsen auf 22.000 Kfz (P 7 – 2020) errechnet. Da aus räumlichen Gründen ein Schallschutz für die angrenzenden Reihenhäusergärten nicht möglich ist, wird die Freizeitnutzung der Gärten erheblich beeinträchtigt.

Hinzuweisen ist andererseits darauf, dass in der Poppenbütteler Straße in Teilbereichen ein Lärmschutz durch Knickwälle bereits gegeben ist und die Trasse in den Bereichen einseitiger Bebauung seitlich soweit verschwenkt werden könnte, dass auf

der bebauten Seite weitere Knickwälle als Lärmschutz errichtet werden könnten. Dies ist auch angesichts knapper Finanzen und Kürzungen im sozialen Bereich sicher sinnvoller, als der Bau neuer Strassen mit hohem Konfliktpotential.

4. Verlängerung der Achse Berliner Allee (Tannenhofstr. – Buchenweg)

Auch diese Maßnahme erscheint problematisch. Zwar wird das Herold-Center von Norden und Süden besser erreicht, zugleich ergibt sich ein weiterer Zuwachs im Buchenweg und in der Tannenhofstrasse. Da das HC durch Bahn und Bus sehr gut von allen Richtungen erreichbar ist, steht diese Planung im Widerspruch zum Planungsziel „Verringerung des MIV“.

5. Verlängerung der Oadby-and-Wigston-Str. nach Norden

Auch dieser Planung, die aufgrund der früheren Einsichten längere Zeit „als nicht weiter zu verfolgen“ bewertet wurde, ist mit Entschiedenheit zu widersprechen. Problematisch war bereits die damalige Verinselung eines Teils des Staatsforstes Rantzau durch den Durchstich der Oadby-and-Wigston-Str. zur Waldstrasse. U.É. erfolgte die Genehmigung des Forstamtes seinerzeit mit dem Vorbehalt, dass eine weitere Verlängerung Richtung Norden ausgeschlossen ist.

Durch die jetzt erneut geplante Verlängerung der Oadby-and-Wigston-Str. nach Norden auf der Trasse des Wanderweges zwischen Waldrand und Waldfriedhof Friedrichsgabe verliert nicht nur der Waldfriedhof seinen typischen Charakter (Lärm, Abgas, Trennung vom Wald durch verkehrsreiche Strasse – 25.000 Kfz/24 Std. gem. Prognose Planfall P 7 – 2020), vielmehr wird auch dem Wald eine gewachsene schützende Übergangs- und Pufferzone willkürlich genommen und das „Waldbiotop“ Friedhof verinselt.

Aufgrund des errechneten erheblichen Verkehrsaufkommens und des großen Lkw-Anteils (Autobahnzubringer über K 113, Zubringer Gewerbegebiet Friedrichsgabe-Nord) dürfte sich weit in den „Erholungswald“ hinein eine hohe Lärmbelastung ergeben. Diese dürfte sich bei Staus auf der Autobahn sowie durch sog. „Mautflüchtlinge“ noch steigern, da sich aufgrund der Verlängerung der Oadby-and-Wigston-Str. bis zur K 113 von der AS Schnelsen-Nord/Ohechaussee bis zur AS Quickborn eine Nord-Süd-Verbindung parallel zur Autobahn ergibt. Bei Einführung einer Pkw-Maut dürfte sich dieses Problem weiter verschärfen.

Nachdem bereits das Waldgebiet im Kampmoorbereich durch die ungünstigste K 113 - Trassenvariante durchschnitten und als Naherholungsgebiet erheblich geschädigt wurde, ist dies ein weiterer erheblicher Eingriff in einen bedeutenden Naherholungsbereich und empfindlichen Naturstandort im nordwestlichen Stadtgebiet.

Zu Recht gehen auch die Landschaftsplaner hier von einem hohen Konfliktpotential aus. Das von der Landschaftsplanung angestrebte Zielkonzept „Sicherung und Entwicklung einer kurzen barrierefreien Erschließung der Feierabend- und Naherholungsnutzung in der freien Landschaft“ ist damit auch hier mehr als gescheitert. Das Ergebnis des zur Zeit laufenden Planfeststellungsverfahrens und der möglichen verwaltungsgerichtlichen Überprüfung bleibt abzuwarten.

Bemerkenswert ist hinsichtlich des gesamten VEP-Konzeptes die Feststellung der Planverfasser, dass der Vergleich der Planvorschläge 2020 mit der heutigen Verkehrssituation zeige, „dass viele der aufgezeigten Problempunkte im Straßennetz bleiben und zum Teil neue hinzukommen. Der BAB-Anschluss „Norderstedt-Mitte“ entlastet die bereits bestehenden Anschlussstellen nicht in nennenswertem Umfang“ (vgl. Info-Broschüre S. 28).

Fast alle beanstandeten Strassenplanungen in den wertvollen Naturstandorten und Naherholungsbereichen stehen zudem im krassen Widerspruch zu den in den zentralen Agenda 21 – Veranstaltungen erarbeiteten Vorschlägen der „Zukunftskonferenz“, den gleichartigen Ergebnissen der Agenda-Arbeitsgruppe „Planung für Norderstedt“ sowie den Vorschlägen der Teilnehmer an der Lärminderungsplanung, die unabhängig voneinander zu ähnlichen Ergebnissen gekommen sind. Die seinerzeit vom Bürgermeister unterstützte Zuarbeit dieser Gruppen, die mit großem Engagement viele Stunden Ihrer Freizeit aufgewendet haben, um sich in das Planungswesen einzuarbeiten und ihre Vorschläge einzubringen, sollte von den Entscheidungsträgern nicht „ad absurdum“ geführt werden.

Völlig unberücksichtigt bleiben auch die Bedürfnisse der älteren Bevölkerung, die auf wohnungsnah, leicht erreichbare Naherholungsgebiete angewiesen ist. Der Anteil der über 60-jährigen soll lt. Prognose S. 13 Info-Broschüre bis 2020 um 30 % steigen. Anders als jüngere Einwohner werden viele aus Alters- oder Kostengründen nicht in der Lage sein, mittels Pkw auf noch ungestörte Erholungsbereiche ausserhalb Norderstedts auszuweichen. Auch dies sollte bei einer zukunftsorientierten Planung bedacht werden.

F. Verringerung von Eingriff und Ausgleich durch alternative Verkehrsträger

Nicht ausgeschöpft wurden bisher die umweltverträglichen Alternativen zum MIV

I. ÖPNV

Signifikant ist die Aussage Bl. 29 Info-Broschüre, eine deutliche Erhöhung des ÖPNV-Anteils in Norderstedt werde von den Beteiligten auf Grund der Siedlungsstruktur als nicht realistisch bzw. „vor dem Hintergrund notwendiger Investitionen als nicht finanzierbar angesehen“. Letztere Feststellung hätte besser zur umfangreichen Strassenplanung für den MIV mit vielfach höheren Kosten gepaßt.

Sicher ist zwar, dass man aufgrund der auseinanderliegenden Ortsteile kaum einen so hohen ÖPNV-Anteil wie beispielsweise in Münster erreichen wird. Es wird jedoch so getan, als ob das Anwachsen des MIV in Norderstedt schicksalhaft und nahezu unabänderbar ist. Die im STEP 2010 getroffene Aussage, „Neue Strassen schaffen neuen Verkehr“ ist weiterhin richtig. Dies gilt auch für die Feststellung im STEP 2010 –Verk.Entw.Plan- Ziff. 1.1. (S.6), daß eine

„herkömmliche Generalverkehrsplanung mit einer oft einseitig am Kraftfahrzeugverkehr ausgerichteten, rein nachfrageorientierten Dimensionierung von Verkehrsanlagen aufgrund der unzulänglichen Berücksichtigung sozialer und ökologischer Belange nicht sachgerecht ist“.

Damals war Norderstedt in diesem Punkt wirklich „eine Idee voraus“. Es wäre gut, wenn dieser Slogan auch zukünftig seine Berechtigung hätte...

Tatsächlich war in der Vergangenheit festzustellen, dass attraktive ÖPNV-Angebote auch angenommen und die Erwartungen der Entscheidungsträger teilweise sogar übertroffen wurden, wenn Fahrplan, Taktfrequenz, Komfort, Preis pp. stimmen. Weiterer Vorschlag: subventionierter Einheitspreis für Kurzstrecken. Statt einseitig eine kostspielige Angebotsplanung mit erheblichen Eingriffen in Natur und Landschaft für den MIV zu machen, sollte der ÖPNV wesentlich stärker gefördert und die knappen Finanzmittel entsprechend sozial umgesteuert werden.

Ergänzend wird auf die weiterhin zutreffenden Vorschläge zur Umsteuerung im STEP 2010 und die umfangreichen vom Vertreter des BUND mitformulierten Vorschläge der Agenda-Arbeitsgruppe „Planung für Norderstedt“ Bezug genommen, die in der Vorlage B 05/0150 aufgelistet sind.

II. Radverkehr

Auch insoweit wird auf die Vorschläge im STEP 2010 sowie die Vorschläge der Agenda-Arbeitsgruppe „Planung für Norderstedt“ Bezug genommen.

G. Vorgeschlagene Neubilanzierung von Eingriff und Ausgleich

Der Verzicht auf die Überplanung der Flächen W 0a, 0b, 1, 1a, 2, 3, 6 (teilw.), 24, 25, 26 sowie G 3, So 3 und Gm 3 vermindert den Flächenverbrauch um ca. 114 ha und damit um gut 1/3 der in der FNP-Tabelle 51 (S. 139) errechneten neuen Siedlungsfläche von 299,7 ha. Der notwendige Ausgleich vermindert sich bei einem Ausgleichserfordernis 1:1 in gleichem Umfang (vgl. LP, Teil II - 3, Tabelle 13). Im Hinblick auf den in der IfS-Studie 2020 errechneten geringeren Neubaubedarf ist ein Verzicht auf die Bebauung dieser Flächen unproblematisch, zumal von dem Neubaubedarf noch die derzeit vorhandenen Wohnungsbauflächenreserven von 2.540 EW abzuziehen sind (vgl. FNP-Begr. S. 39 / Tabelle 13).

Hinsichtlich der geplanten neuen Verkehrsflächen wird im LP (vgl. LP, Teil II - 3, Tabelle 13) bei einem Ausgleichserfordernis von 1:10 ein Ausgleichsbedarf von insgesamt 267,5 ha errechnet. Verzichtet man auf die von uns kritisierten Verkehrsprojekte, vermindert sich der Ausgleichsbedarf um knapp 190 ha. Allein der Verzicht auf die Ortsumgehung Garstedt mit Autobahnanschluß NoMI würde den Ausgleichsbedarf um ca. 106 ha mindern.

Die kritisierten massiven Eingriffe in Natur und Landschaft sind weder umweltverträglich, sozial gerecht noch wirtschaftlich. Die Vorgaben der Agenda 21 sollten auch in Norderstedt nicht nur auf dem Papier stehen, sondern nachhaltig im FNP 2020 umgesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.
für den „NABU“

i.A.“
für den „BUND“

Joachim Haase

Dr. Herwig Niehusen

Anlagen:

1. Erläuterung der IfS-Prognose 2020 / Innenministerium Schl.-Holst., Abl. Landesplanung
2. IfS-Prognose 2015, Stadt Norderstedt
3. IfS-Prognose 2020, u.a. Stadt Norderstedt

2

Kremer-Cymbala, Reinhard

Von: Stadtplanung
Gesendet: Donnerstag, 7. März 2013 12:50
An: Kremer-Cymbala, Reinhard; Pongratz, Christlne
Betreff: WG: FNP/LP 2020 - 6. Änderung - Widerspruch gegen Plan zur Bebauung W1/W1a

1. 504 z. Ktn.
2. 6012.19 z. Ktn.
3.1 z. Ktn.
z. Ktn.
z. Ktn.

Von: .
Gesendet: Donnerstag, 7. März 2013 12:07
An: Stadtplanung
Cc:
Betreff: FNP/LP 2020 - 6. Änderung - Widerspruch gegen Plan zur Bebauung W1/W1a

4. Zwischenbescheid erhalten LF
5. ~~Plan zur Bebauung~~ ~~W1/W1a~~
Lina not sein
[Signature]

Sehr geehrte Damen und Herren,

entgegen der Hoffnung, dass die betroffenen und sich schriftlich zum FNP2020 geäußert habenden Anwohner ebenfalls schriftlich und persönlich über Neuigkeiten/Beschlüsse informiert werden, mussten wir wieder über die neue Bekanntmachung wieder über Dritte (Hamburger Abendblatt - Lesenden) erfahren. Wie schon in meiner letzten Mail geschrieben, empfinden wir diese Vorgehensweise als bedenklich und als Versuch, die betroffenen Anwohner möglichst nur im kleinstmöglichen Umfang zu informieren (um somit Gegenwehr/Einsprüche zu minimieren??). Nebenbei nochmal bemerkt (siehe auch meine vorherige Mail vom 06.06.12) war die Ankündigung der "Bürgerbefragung/Anhörung" vom 08.05.12 ja auch ein Beispiel von offensichtlich geringem Interesse, die Anwohner zu informieren, bzw. sich äußern zu lassen.

So oder so sind wir wieder und weiterhin sehr enttäuscht, dass alle Bedenken und Einsprüche der Anwohner offensichtlich völlig ignoriert werden! Weder schriftliche Eingaben/Einsprüche, noch öffentliche Anhörungen haben etwas bewirkt.

Wir sind trotzdem weiterhin entschieden gegen die Bebauung der Flächen W1/W1a und werden uns dagegen wehren.

Uns ist immer noch völlig schleierhaft, warum gerade "unsere" direkte Nachbarschaft unbedingt bebaut werden soll!

Es gibt unseres Erachtens nach doch reichlich andere Bebauungsvorhaben, um die recht überschaubare Größe von Einwohnerzuwächsen zu bedienen.

Zu vermuten ist natürlich auch, dass die Interessen der jetzigen (einflussreichen?) Grundbesitzer am Schleswiger Hagen, also ihr Weideland nun endlich als Bauland verkaufen zu können, nicht unerheblichen Einfluss auf die Bebauungspläne/-beschlüsse haben!?

Zudem gibt es, um das Beispiel nochmal aufzunehmen, deutlich besser und "nebenwirkungslosere" Flächen für neuen Wohnraum wie den Bereich "Meeschensee"! Dort gibt es keine direkt betroffenen Anwohner und der AKN-Bahnhof ist bereits ausgebaut.

Dass wir durch den kompromisslosen Ausbau des Umspannwerkes, den dadurch entstehende (nun auch durch die K113 entstandene) Lärmbelastung, sowieso schon bestehenden starken Fluglärm belastet sind, scheint niemanden zu interessieren?

Die Grenze der Zumutbarkeit ist unserer Meinung nach doch bereits erreicht!!

Auf die großen für uns zukommenden Belastungen, den zu erwartenden Wertverlust unserer Grundstücke

und die gnadenlose Zerstörung diverser Bereiche von Flora und Fauna sind wir ja schon eingegangen! Das alles haben wir ja bereits mehrfach geäußert.

Nehmen Sie also bitte diese und auch unsere bisherigen Stellungnahmen (siehe auch unten) als erneuten Einspruch gegen die für uns unverständlichen und nicht akzeptablen Bebauungspläne W1/W1a.

Mit freundlichen Grüßen

Am 06.06.2012 02:24, schriet

Sehr geehrte Damen und Herren der Stadt und Stadtplanung Norderstedt,

wiedermal mussten wir Anfang Mai mit Entsetzen "durch Zufall!" erfahren (wir beziehen kein Hamburger Abendblatt mit der Nordersteder Zeitung!), dass Sie erneut planen, uns und der Flora und Fauna am Schleswiger Hagen ev. den Garaus zu machen!!

Nicht nur, dass Sie kurzerhand die Erweiterung des Umspannwerkes beschlossen und dies per Abholzung des dortigen Baumgestandes und der ersten Vernichtung eines Lebensraums von Amphibien sofort umgesetzt und damit Tatsachen geschaffen haben, ... nein, zu allem Übel sollen wir, die Anwohner des Schl.Hagen, (insbesondere die wie wir direkt angrenzend wohnenden) auch noch mit dem Vorhaben "gepeinigt" werden, auch die Flächen W1/W1a als Bauland freizugeben. Insbesondere W1 grenzt übrigens teils ja bis auf 5m an unsere Wohnzimmer!

Es ist für uns gänzlich unverständlich, wie Sie die Argumente von NABU und Bund (Gutachten und dringende Empfehlungen gegen die Bebauung und Zerstörung der Flora/Fauna-Lebensräume, ... etc.) und natürlich die Einsprüche der Anwohner aus 2007 letztlich ignorieren. Stattdessen wurden in Sachen Naturschutz Gegengutachten herbei geholt, die angeblich das Gegenteil beweisen sollen und darauf aufbauend nun abenteuerliche Pläne geschmiedet.

Ob die bei der öffentlichen Anhörung am 08.05.12 vorgebrachten und nun durch Anwohner wie uns eingereichte Argumente, Einsprüche und Vorschläge auch wirkungslos ad acta gelegt werden? Wir hoffen nicht!

Ziemlich enttäuscht mussten wir übrigens bei unserem Kontakt zu NABU/BUND erfahren, dass das Naturschutzgesetz SH und somit das Mitsprache-/Beteiligungsrecht der NatSch-Verbände in den letzten Jahren sukzessiv deutlich beschnitten wurde. Offensichtlich erfahren die Verbände Ihre Beschlüsse neuerdings sogar teils auch erst aus der Presse oder durch Hörensagen, was wir sehr bedenklich finden.

Genauso unverständlich ist es, dass nicht wenigstens die Bürger, die sich 2007 zum FNP 2020 in schriftlicher Form geäußert haben, im Zuge der neuen 6. Änderung sofort und vor allem direkt auch über diese Änderungen und Beschlüsse informiert werden! Wenn mein Nachbar die entsprechenden Infos nicht zufällig Anfang Mai von einem Bekannten (noch nicht einmal nicht aus Norderstedt kommend) erhalten und verbreitet hätte, wäre aus Unwissenheit wohl kaum jemand aus unserer Nachbarschaft auf der Infoveranstaltung am 08.05. erschienen. (Unsere Stellungnahme aus 2007 zu FNP 2020 nochmal angehängt, falls Ihnen diese nicht mehr bekannt sein sollte)

"Aktive Bürgerbeteiligung"? So sollte es eher nicht sein oder?

Wie wir denn auch noch auf der Bürgerbefragung am 08.05. gehört haben, sollen Informationsplakate zur neuen Planung an den Straßen der Umgebung aufgehängt worden sein!?

Wie bitte??

Niemand aller Anwesenden und hinterher befragten Anwohner hat jemals so ein besagtes Plakat irgendwo hängen sehen!!

Das uns dort auf der Veranstaltung präsentierte "große bunte" Plakat wäre gar nicht zu übersehen gewesen!

Entweder sie wurden nie aufgehängt, oder sie wurden prompt in einer Nacht- und Nebelaktion von irgendwelchen Befürwortern der Planungen (ev. Vorteilsnehmern durch Chance auf Baulandausweisung) demontiert?!?

Ziemlich dubios! Das alles lässt doch irgendwie die Vermutung zu, dass von irgendwo her versucht wird, möglichst geringe Aufmerksamkeit mit den neuen Planungen zu erregen und somit ev. auch Protest und rechtzeitige Gegenwehr zu minimieren (= unsere persönliche Einschätzung).

Wie wir verstanden haben, gibt es keine realistische Alternative zur Erweiterung des Umspannwerkes?!

Aber warum sollen wir und unsere Umgebung dann auch noch zusätzlich dermaßen belastet werden??

Wir haben momentan schon den Lärm des jetzigen Umspannwerkes (dass es nach dem Umbau leise sein soll, halten wir noch für ein Gerücht!), den Lärm der K113 (nun durch die Abholzung deutlich lauter), der AKN und vor allem auch den Fluglärm!

Was kann noch kommen?

Vielleicht muss man ja damit rechnen, dass früher oder später weitere Maßnahmen in Angriff genommen werden wie zB. weitere Hochspannungs-Trassen für den schönen Windenergie-Strom, die Abholzung des restlichen Baumbestandes zwischen Schleswiger Hagens und K113, ... und und und ...???

Warum planen Sie als für uns und unsere Flora/Fauna positiven Ausgleich für die wohl unumstößliche Umspannwerk-Erweiterung stattdessen nicht, die gesamte Fläche W1, W1a und die zwischen W1a und AKN-Trasse (also nicht nur diese!) aufzuforsten, zu begrünen, ev. Wasserflächen (See/Teich/Tümpel...) für die dort auch aktuell immer noch häufig vorkommenden Amphibien und anderen Tiere anzulegen? ... und Zweifelsfall das Ganze ggf. auch durch (unbefestigte?) Fußwege für zusätzliche Naherholung ausbauen? Dadurch könnte man auch die Anbindung für Fußgänger und Fahrradfahrer an den Bereich Quickborner Straße und Flensburger Hagen realisieren. Ok, auf der westlichen Seite der AKN-Trasse wäre ein Fuß-/Fahrradweg bis zum Bahnhof Quickb.Str. wahrscheinlich sinnvoller, weil es dort dann keine Barriere in Form von Bahnschienen gibt.

Was wir übrigens auch nicht wirklich verstehen ist, warum statt bei uns zB. von der ursprünglich geplanten Bebauung der freien Flächen im Bereich Meeschensee abgesehen wird.

Dort gibt es keine weiteren Einschränkungen für (ja nicht vorhandene) Anwohner und soweit wir wissen auch keine besonders schützenswerten Bereiche (Flora/Fauna) und die Infrastruktur (sogar ein ausgebauter AKN-Bahnhof) ist vorhanden!

Von den vielen großen freien Flächen im Gebiet zwischen Schleswig-H.-Straße und Segeberger Ch. und auch östlich des Friedrichsgaber Weg wollen wir gar nicht erst sprechen. Dort gäbe doch es sicherlich auch Möglichkeiten, weiteren Wohnraum zu schaffen!?!

Dabei stellt sich jedoch die Frage, warum Norderstedt so erpicht darauf ist, so viel zusätzlichen Wohnraum zu schaffen??
Nur weil es 2007 einen einzigen Steigerungs-"Spitzenwert" von 0,8%, also ganze 573 neue Bewohner gab????
Die Statistiken zeugen von einer seit Jahren sehr geringen Steigerung der Wohnbevölkerung, 2002-2006 sogar abnehmend!
Nach der einmaligen Steigerung von 0,8% in 2007 gab es bis 03.2011 wieder einen rapiden Absturz, also äußerst geringe Zuwachsraten!
(2008: 0,04% ... 2009: 0,06% ... 2010: 0,03% ... 2011: 0,1%)
Können Sie eine Bevölkerungssteigerung von "165 Einwohnern"(!) in den Jahren 2008 bis 03.2011 -also in über 3 Jahren- die besagten Baumaßnahmen (W1/W1a) im Schleswiger Hagen und die damit verbundenen negativen Folgen für Flora/Fauna und natürlich uns wirklich guten Gewissens rechtfertigen? Unserer Meinung nicht!
Selbst langfristige Prognosen (bis 2030) gehen übrigens von einer tendenziell stagnierenden bis sogar fallenden Einwohnerzahl für Norderstedt aus!

Wenn Ihr wunderbar einstimmig am 15.03.12 beschlossener Plan (von Ihnen wohnt hier wohl auch niemand!?), umgesetzt wird, kommt es ...
- zu einem -wie wir finden- schlimmen Eingriff in die Natur (insbesondere der sehr vielfältigen Tierwelt),
- zu einer weiteren für uns dann unannehmbaren Verschlechterung der Lebensbedingungen (zusätzlicher Lärm und Verkehr, kein freier Blick ins Grüne, Verlust des ländlichen Charakters etc.),
- zu erheblichen Wertverlusten (Immobilien) und sicherlich auch zu nicht unerheblichen Folgekosten (zB. Straßensausbau, der dann natürlich auch und inkl. weiterer Abholzungen kommen würde).
- ... zu sicherlich weiteren für uns noch gar nicht absehbaren Einschränkungen!?

Eine jahrelange Belastung durch Baufahrzeuge und Baulärm geht dann einem anschließend erheblich erhöhtem Straßenverkehr durch neue Anwohner voraus.
Hätten wir vor unserem Hauskauf Anfang 2005 gewußt, dass das besagte Gebiet bebaut werden soll, wären wir niemals(!!!) von HH hierher gezogen! Es hieß seinerzeit auch noch, dass die Felder etc. geschütztes Gebiet ist und nicht bebaut werden darf/wird!
Wir wohnen hier momentan, mal von den bestehenden schon ärgerlichen Einschränkungen durch Lärm abgesehen, ein relativ idyllisches Umfeld, was wir (und unsere Nachbarschaft) nicht "widerstandslos" aufgeben wollen!

Fazit:

Wir hoffen sehr, dass Sie den FNP bezüglich W1/W1a überdenken und letztlich beschließen, endgültig/dauerhaft von einer Ausweisung der Flächen direkt am Schleswiger Hagen als Bauland abzusehen. Stattdessen sollte der Bereich (wieder?) als Schutzgebiet ausgewiesen und als ein solches im Zweifelsfall eher noch ausgebaut werden! (zB. u.a. neue Biotope für Tiere/Amphibien)

Wir sind entschieden gegen den gefassten Plan einer Bebauung der gesamten Fläche W1/W1a und werden auch nicht aufgeben zu versuchen, dieses zu verhindern!
Im Gegenteil, wir sind für eine Intensivierung des Naturschutzes, die Wiederansiedelung u.a. der "vertriebenen" Amphibien und deren dauerhaften Schutz auf den besagten Flächen.

Mit freundlichen Grüßen

PS: Wir können Ihnen auf Wunsch auch gern noch Fotos von diversen Tieren und Amphibien aus dem Bereich der Fläche von (inkl.) unserem Grundstück bis zur AKN-Trasse mailen.

In den letzten Wochen haben wir übrigens häufig den besonders geschützten "Lurch des Jahres 2012", die Erdkröte, in unserem Garten und dem angrenzenden Grundstück (W1) gesehen und teils auch fotografiert.

Weitere Bewohner unserer direkten Umgebung (Grundstücke/Wiesen/Waldrand), die allein wir schon beobachtet haben, sind auch andere Lurche/Molche, Kröten/Frösche, Schlangen, Eidechsen/Blindschleichen, Weinberg- und große Nacktschnecken, Igel, Goldlaufkäfer (und ein anderer großer bläulicher Laufkäfer) ... "leider" auch Maulwürfe, Mäuse, Marder, ... und nicht zu vergessen Rehe, Hasen, Rebhühner, Fasane, Eulen, Bussarde und eine Vielzahl Vögel (Zaunkönig, Dompfaff, Rotkehlchen, Amsel, Singdrossel, viele verschiedene Finken- und Meisenarten, Spatzen, Tauben, Eichelhäher, Elstern, Spechte, Krähen/Raben? ... und andere, die wir nicht identifizieren konnten, ... abends/nachts sind dann auch Fledermäuse über den Feldern zu sehen und gelegentlich hört man nachts auch eine Nachtigall singen!

--

Diese Mail wurde von Dataport maschinell auf Viren und gefährliche Inhalte untersucht.